



**Siegbert Droese**

## **„Mein Leipzig lob ich mir...“**

Liebe Leipziger!

Nach dem Umbruch von 1989 hat unser Leipzig insgesamt eine gute Entwicklung genommen. In der Rückschau wurden dennoch - gerade von den seinerzeit politisch Verantwortlichen - erhebliche Entscheidungen getroffen und Fakten geschaffen, welche uns Leipziger bis heute teuer zu stehen kommen. Die großen politischen Skandale Leipzigs, wie „Wasserwerke/Cross Boarder Leasing“, „Herrenlose Häuser“ und das Thema „Hermann“, wurden eben auch durch die vorherigen Fehlentscheidungen zumindest begünstigt.

### **Unsere kommunalpolitischen Schwerpunkte:**

#### **Sozial ist, was Arbeit schafft!**

Ein Ausspruch mit dauerhafter Gültigkeit. Wir als AfD treten dafür ein, dass in einem prosperierenden Leipzig, den ortsansässigen Unternehmen eine besondere Bedeutung zufällt. Daher muss die Stadtpolitik in Zukunft für stabile Rahmenbedingungen zu Gunsten der in Leipzig ansässigen Unternehmen sorgen. Die Leipziger Wirtschaft sichert mit jedem erfolgreichen Betrieb Arbeitsplätze in Leipzig und trägt mit ihren Steuerabgaben große Teile der Leipziger Haushaltspositionen - letztlich zum gegenseitigen Nutzen für die hiesigen Unternehmen und die Leipziger Bürger.

## **Ordnung und Sicherheit wieder herstellen!**

Unser Leipzig hat aber leider auch, begünstigt durch die Fehlleistungen der politisch Verantwortlichen, gravierende Probleme. Falsche Toleranz hat politische und religiöse Gewalt in Leipzig gedeihen lassen. Leipzig zählt zu den gefährlichsten Städten Deutschlands. In unserer Heimatstadt haben sich städtische Territorien entwickelt, in denen Recht und Ordnung nicht mehr gelten. Illegale Graffitis - als vermeintliche Kunst ausgegeben – verschandeln, wo man auch hinschaut, unsere schöne Stadt. Mit uns als AfD wird es im Stadtrat in Zukunft nur eine Null-Toleranz-Politik gegenüber den kriminellen Auswüchsen in Leipzig geben. Jeder Leipziger soll sich im Stadtgebiet zu jeder Zeit frei und sicher bewegen können.

## **Mehr Demokratie wagen!**

Die Leipziger Stadtgesellschaft lebt auch vom Engagement Ihrer Bürger. Eine Außerkraftsetzung demokratischer Spielregeln, wie von der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit praktiziert, muss endlich der Vergangenheit angehören. Große kommunalpolitische Entscheidungen, welche die Leipziger in Zukunft betreffen, sollen mittels Bürgerentscheid getroffen werden. Damit wollen wir als AfD den Geist der demokratischen Mitbestimmung neu beleben.

## **Willkommenskultur für Kinder und junge Familien**

Die junge Generation ist Leipzigs Zukunft. Daher legt die AfD den Schwerpunkt auf den Bau von Kindertagesstätten und Schulen. Die Versäumnisse aus der Vergangenheit müssen dringend korrigiert werden!

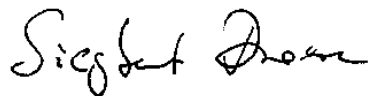
Eine seit Jahren in Leipzig bestehende Schulabbrecherquote von über 10 Prozent – ein negativer Spitzenreiterplatz in Sachsen - ist nicht länger hinnehmbar.

Für eine nachhaltige Förderung und finanzielle Entlastung junger Familien wird sich die AfD auch in Zukunft einsetzen.

„Mein Leipzig lob ich mir...“, dieses Zitat wird dem Geheimrat Goethe zugerechnet. Wir, als Alternative für Deutschland in Leipzig, nehmen dieses historische Zitat als Leitspruch und arbeiten fest daran, dass „Mein Leipzig lob ich mir“ in Zukunft wieder den früheren Glanz und den bekannten Klang über die Stadtgrenzen hinaus erhält.

In diesem Sinne, liebe Leipziger, gebe ich Ihnen nun unser Kommunalwahlprogramm 2019 für Leipzig bekannt und bitte Sie um Ihr Vertrauen.

*Ihr Siegbert Droese*

A handwritten signature in black ink that reads "Siegbert Droese". The script is cursive and somewhat stylized, with the first letters being larger and more prominent.

*Vorsitzender der AfD Leipzig  
Mitglied des Deutschen Bundestag*

# **AfD-Kreisverband Leipzig**

## **Kommunalwahlprogramm 2019 für Leipzig**

Beschlossen am 10. und 11. November 2018 auf dem 12. Kreisparteitag  
des Kreisverbandes Leipzig

### **I n h a l t:**

- 1. Wirtschaft und Arbeit – erstrangige Schwerpunktaufgaben**
- 2. Ordnung und Sicherheit in Leipzig – Schiefelage beseitigen!**
- 3. Städtischer Haushalt – Ausgabenziele und Ausgabenkontrolle**
- 4. Stadtentwicklung und Bau – das Erbe bewahren, neue Qualität gestalten**
- 5. Verkehr und Infrastruktur – die Mobilität hat Vorfahrt!**
- 6. Kinder, Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit  
unser aller Zukunft sichern!**
- 7. Sport in Leipzig – hoher Stellenwert für das Gemeinwohl**
- 8. Kultur und Kunst – Tradition und Vielfalt erhalten!**
- 9. Umweltpolitik – Vorrang haben Sachverstand und Augenmaß**
- 10. Städtische Verwaltung – Motivation, Modernisierung  
und Bürgerbeteiligung**

## **1. Wirtschaft und Arbeit – erstrangige Schwerpunktaufgaben**

Ohne ein nachhaltiges, wirtschaftlich breit gefächertes Fundament der Stadt ist eine prosperierende, zukunftsfähige Kommune nicht denkbar. Dies gilt vor allen unter dem Aspekt eines möglichen Bevölkerungswachstums auf ca. 650 000 Einwohner in Leipzig bis zum Jahr 2030. Folglich sind für die AfD Wirtschaft und qualifizierte Arbeit als 2 Seiten einer Medaille weiterhin kommunalpolitische Schwerpunktaufgaben Nummer 1! Die AfD setzt in Leipzig auch in Zukunft vor allem auf die wirtschaftlichen Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere denen des produzierenden und des Dienstleistungsgewerbes, aber auch des zunehmenden Tourismus sowie des Handwerks, welche in der Summe die meisten Arbeitsplätze sichern. Diese gewährleisten das notwendige Verantwortungsgefühl für die wirtschaftlichen und sozialen Belange vor Ort und entrichten ihre Gewerbesteuern in Leipzig. Insofern sieht die AfD in der städtischen Aufgabe der Wirtschaftsförderung ein erstrangiges kommunalpolitisches Ziel, an deren Verwaltungsspitze qualifiziertes, mit den wirtschaftlichen Belangen und Strukturen in Leipzig vertrautes Personal stehen soll. Dies ist bei der Personalauswahl aus Sicht der AfD vorrangig zu berücksichtigen!

Die AfD sieht es darüber hinaus als eine wichtige städtische Aufgabe an, die bestehenden Standorte von Großunternehmen in Leipzig nicht nur zu erhalten, sondern entsprechend den kommunalen Möglichkeiten, deren Kapazitätserweiterung und darüber hinaus Neuansiedlungen, vor allem von Firmenzentralen zu unterstützen. Dies ist durch gezielte Grundstücksvorhaltung, gegebenenfalls durch finanzielle Anreize bei Verkauf von städtischen Gewerbeflächen in kritischen bzw. besonders erwünschten Stadtlagen und durch Revitalisierung der immer noch zahlreichen Industriebrachen seitens der Verwaltung zu unterstützen. Erst recht ist städtisch vermittelnd bei Gefahr von drohenden Standortverlusten einzugreifen – als Chefsache für den Oberbürgermeister und vor allem seines Wirtschaftsbürgermeisters! Diese AfD-Forderung ist auch als eindringliche Lehre aus den unwiederbringlichen Standortverlusten von traditioneller Industrie und qualifizierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Vergangenheit und leider auch in der Gegenwart zu verstehen.

In diesem Sinne verdienen die konkreten Hinweise und Forderungen der Leipziger Industrie- und Handelskammer sowie der Leipziger Handwerkskammer zur Verbesserung der wirtschaftlichen und verkehrsseitigen Rahmenbedingungen aus Sicht der AfD deutlich mehr Gewicht und Beachtung durch die Stadtverwaltung als bisher. Es steht für die AfD außer Frage, dass die Belange beider Kammern in den Entscheidungen der Stadtpolitik nicht mehr als nachrangig angesehen werden dürfen. Ohne wirtschaftliche Prosperität sind die Vielzahl der städtischen Aufgaben, nicht zuletzt die kulturelle Ausstrahlung der Stadt sowie Wohlstand und Lebenszufriedenheit der Leipziger, schwerlich zu sichern.

In Bezug auf praktische städtische Maßnahmen zu ersten Verbesserungen des Wirtschaftsverkehrs in der Stadt sieht die AfD zwei Schwerpunkte, deren Lösung schnellstens umzusetzen ist: Das Handwerkerparken in Wohnvierteln und die Einführung der „Grünen Welle“ auf den Hauptstraßen Leipzigs (vor allem für Ein- und Ausfallstraßen) – auch im Interesse der Berufspendler, die ja Teil des Wirtschaftsverkehrs sind.

Den von den Kammern und Leipziger Unternehmen zu Recht angezeigten Fachkräftemangel in Handwerk und Industrie sieht die AfD ebenfalls mit großer Sorge. Dies steht – leider auch hier an Leipziger Studieneinrichtungen – im Unverhältnis zum massenhaften Bestreben schulisch qualifizierter junger Menschen nach dem Studium diverser geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen. Und dies vielfach ohne angemessene berufliche Aussichten mit hohen Studienabbrecherquoten! Diesem Missverhältnis, welches zu Unrecht reale, zukunftsweisende Ausbildungsplätze in Handwerk und Industrie auch durch bisher fehlende öffentliche Aufklärung herabsetzt, ist städtisch gemeinsam mit den Kammern durch geeignete Initiativen organisierter Werbung und Berufsberatung verstärkt entgegenzuwirken.

Die AfD steht für den weiteren Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle als bedeutenden Wirtschaftsfaktor für Leipzig und die Region, allerdings sind die nördliche, sowie die südliche Start- und Landebahn schnellstens gleichmäßig auszulasten. Auch hier haben Stadt und Oberbürgermeister ihren Einfluss im berechtigten Interesse der Anwohner im Norden Leipzigs endlich geltend zu machen.

## **2. Ordnung und Sicherheit in Leipzig – Schieflage beseitigen!**

In der Stadt Leipzig besteht seit längerem eine extreme Schieflage, welche elementare Fragen von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit berührt. Die AfD hat diese Situation, welche vor allem das Zusammenleben der Bürger in grober Weise beeinträchtigt, nicht hingegenommen und wird dies auch in Zukunft zum Wohle dieser Stadt und Ihrer Bürger nicht tun.

Die Fakten sind: Leipzig ist Kriminalitätshochburg Nr.1 in Sachsen, Hochburg des Drogenhandels und Drogenkonsums sowie die Hochburg von Graffiti-Schmierereien, die klare Sachbeschädigungen gegen das Eigentum von Bürgern und Einrichtungen darstellen. Die AfD fordert die Verwaltungsspitze daher auf, voran den Leipziger Oberbürgermeister, zu diesen Themen - anstelle ständiger Bagatellisierung und Vernebelungstaktik zu den Tatbeständen - endlich selbst Haltung anzunehmen und eigene Aktivitäten auf die Tagesordnung zu setzen! Die AfD verlangt eine eindeutige Botschaft an die Leipziger: eine Null-Toleranz-Politik in Sachen Ordnung und Sicherheit, welche die Sauberkeit als Selbstverständlichkeit einschließt.

Politisch motivierte sowie ausufernde kriminelle Gewalt gegenüber Bürgern und Sachwerten, blühender Drogenhandel und Drogenkonsum, islamistische Unterwanderung der Stadtgesellschaft und die Existenz von rechtsfreien Räumen sind bittere Realitäten der Stadtentwicklung in den letzten Jahren. Dies beeinträchtigt Ordnung, Recht und Freiheit in dieser Stadt! Daraus folgt, eine radikale Umkehr im Denken und Handeln der Stadtverwaltung ist dringend notwendig: Opferschutz statt Täterschutz müssen aus Sicht der AfD endlich auch im Handeln der Verwaltung oberste Priorität haben und vor allem für den Bürger allseits sichtbar werden! Daher sind auch durch einen personell zu verstärkenden Stadtordnungsdienst die Kriminalitätsschwerpunkte wie Eisenbahnstraße, Hauptbahnhof, Gebiet um den Schwanenteich hinter der Oper und Zweinaundorfer Straße zu bestreifen und dem drohenden Auswuchern der Kriminalität auf andere Straßen und Stadtteile Leipzigs energisch zu begegnen.

In diesem Zusammenhang fordert die AfD die Stadt Leipzig dazu auf, sich mit äußerstem Nachdruck beim Freistaat Sachsen weiterhin dafür

einzusetzen, dass die Polizeidirektion Leipzig real mit deutlich mehr Beamten zur Bekämpfung der Kriminalität ausgestattet wird. Die AfD bekundet an dieser Stelle den vollen Respekt und die volle Unterstützung für unsere Leipziger Polizisten, die im Einsatz für die Stadt und ihre Bürger zu oft auch ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

Der gewaltbereite Linksextremismus ist städtisch genauso zu ahnden, wie andere Formen des politischen Extremismus. Die AfD verlangt die räumliche und personelle Ausstattung eines städtischen Zentrums gegen Linksextremismus und den Entzug der städtischen Finanzierung für sogenannte "Soziokulturelle Einrichtungen", die rechtsstaatliche Normen unterwandern. Das neu zu schaffende Zentrum soll auch Opfer links-extremistischer Gewalt beraten. Außerdem sind städtisch endlich Präventions- und Aussteigerprogramme in Bezug auf die Linksextremismus-Szene zu erstellen und umzusetzen.

Die fortschreitende Islamisierung ist auch in dieser Stadt zu stoppen! Die AfD wird keinen neuen Moscheebauten in Leipzig zustimmen. Als Prüfstein für eine wehrhafte Demokratie gilt aus Sicht der AfD: Die Salafisten-Moschee in der Roscherstraße ist ohne Wenn und Aber zu schließen!

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei kriminellen Handlungen betrug in Leipzig im Jahr 2017 immerhin 8.712 Personen - aus Sicht der AfD ein alarmierendes Signal! Wer die Leipziger Willkommenskultur missbraucht, ist nach AfD-Auffassung sofort durch den Freistaat Sachsen, mit aktiver Unterstützung der städtischen Behörden, abzuschieben!

Zum sehr ernsthaften Thema der Suchtprävention für Jugendliche bezüglich Rauschmittel und Drogen: Die AfD begrüßt eine Suchtprävention flächendeckend an allen Schulen! Dies wäre auch eine vordringliche und wichtige Aufgabe der bereits angestellten und gegebenenfalls noch einzustellenden Schulsozialarbeiter. Nach den vorliegenden praktischen Erkenntnissen lehnt die AfD städtische, sogenannte "Fixer-Stuben" als nicht zielführend für eine eindämmende Drogenpolitik ab!



### **3. Städtischer Haushalt – Ausgabenziele und Ausgabenkontrolle**

Der Gesamtheit der kommunalen Einnahmen stehen die Finanzierung der städtischen Pflichtaufgaben, auf die nahezu kein Einfluß seitens des Stadtrates besteht, und die freiwilligen Ausgaben gegenüber. Das Vorankommen der Stadt Leipzig, ihre Entwicklungsdynamik hängt daher in jedem Fall von der richtigen Auswahl der Ausgabenziele ab, für die der stets begrenzte finanzielle Spielraum für freiwillige Aufgaben steht! Die AfD strebt generell einen ausgeglichenen städtischen Haushalt an, möglichst mit Spareffekten, dort, wo diese sinnvoll sind, um mehr von der aktuellen städtischen Schuldenlast abtragen zu können (Haushaltkonsolidierung).

Die AfD stimmt außerdem Ausgabenpositionen für ausreichende Planungsleistungen zu, um die anstehenden Aufgaben bzw. Ausgabenziele qualifiziert und mit ausreichendem Zeitvorlauf erfassen zu können.

Die AfD vertritt eine offensive Haltung zu den absolut notwendigen Investitionen wie z.B. den Bau bezahlbarer Wohnungen, Errichtung neuer Kindertagesstätten, Neubau von Schulen und deren Sanierung sowie die Finanzierung von Neubau und Instandsetzung städtischer Verkehrsbauten, wie Straßen und Brücken sowie möglicher Tunnellösungen. Zu nennen sind hierbei mit dem erforderlichen Augenmaß auch Ausgaben für Kultur und Umwelt. Dies sind Investitionen, die für eine wachsende Stadt in den nächsten Jahrzehnten unabdingbar sind.

Die AfD steht aber auch für einen sparsamen Umgang mit allen freiwilligen Ausgaben in Bezug auf die entscheidenden Fragestellungen: Welche Ausgaben sind tatsächlich für das Gemeinwesen der Stadt Leipzig und das Wohlergehen seiner Bürger erforderlich? Welche Ausgaben dienen allein politisch vorgeschobenen Zwecken und Wünschen? Wie begründet ist der Mittelverbrauch bei allen städtischen Ausgaben tatsächlich? Im letzteren Fall setzt die AfD auf konsequente Kostenkontrollen, die für die Haushaltprinzipien Klarheit und Wahrheit stehen!

Mit Nachdruck – wie bisher – fordert die AfD: Die städtische Finanzierung von Vereinen und Verbänden, deren Tätigkeit - auch in Teilen – den

Zielstellungen des Grundgesetzes zuwider läuft, ist ersatzlos zu streichen. Bekanntlich zeigt sich die Stadtverwaltung hier derzeit eher unwillig.

Die AfD wird auch in Zukunft verantwortungsbewusst, nur von dringenden Notwendigkeiten diktierte Anträge zum Stadthaushalt stellen und sich an dem leider derzeit üblichen Engagement im Leipziger Stadtrat für zweifelhafte Haushalts-Mehrausgaben nicht beteiligen.

#### **4. Stadtentwicklung und Bau – das Erbe bewahren, neue Qualität gestalten**

Leipzig stellt sich, trotz beklagenswerter städtebaulicher Wunden aus der Vergangenheit, für seine Bürger und die Vielzahl seiner Gäste heute wieder sehr reizvoll und attraktiv dar. Dies betrifft seine Vielzahl an eindrucksvoller, bereits sanierter Bausubstanz ebenso, wie das städtische Innenleben, dessen Straßenzüge, Parks, die neuen und alten Flußläufe sowie natürlich die sich dem Besucher leicht zu erschließende Kompaktheit der Stadtstruktur, vor allem im Zentrum. Offensichtlich lebt und arbeitet man daher gern hier und genießt als Besucher und Tourist neben der emsigen Geschäftigkeit vor allem die bauliche Attraktivität der Innenstadt. In seiner Gesamtheit ist diese städtebauliche Qualität gegenüber anderen Städten im Bundesgebiet nahezu ein Alleinstellungsmerkmal. Daraus resultiert in gewissem Maße auch das Wachsen der Einwohnerzahl Leipzigs und deren Wohlbefinden.

Die AfD möchte auch in Zukunft, dass dieses städtebauliche Erbe bewusst erhalten und gepflegt wird. Daher wird die AfD weiterhin darauf bestehen, dass das städtische Sicherungsprogramm für wertvolle Gebäudesubstanz konsequent fortgesetzt wird und dies von Zeit zu Zeit im Leipziger Stadtrat auch kontrollieren. Gesichtslose Neubauten, vor allem im Innenstadtbereich, die leider die vielgerühmte Qualität des Stadtbildes an einigen Stellen bereits negativ beeinflussen, entsprechen nicht den städtebaulichen Vorstellungen der AfD. Diese wird daher im Einvernehmen mit der Leipziger Bürgerschaft, den Leipziger Architekten sowie dem Leipziger Stadtforum derartigen Negativentwicklungen aktiv entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang fordert die AfD die

Stadtverwaltung dringend auf, den Architekten Leipzigs mehr Gewicht bei Bewertungen und Bauplanungen zukommen zu lassen, um von vornherein ein "Leipziger Gefühl" für Maßstäblichkeit und Homogenität zu sichern! Dies gilt auch für die erforderlichen Lückenbebauungen.

Die AfD wird dazu weiterhin das Architekten-Gestaltungsforum der Stadt Leipzig aktiv nutzen, um sich mit konkreten Lösungsvorschlägen für städtische Architektur einbringen.

So wie sich die AfD bereits bei den Planungen der Stadt zur Neubebauung und Revitalisierung des Wilhelm-Leuschner-Platzes eingebracht hat, die leider nicht ganz den Vorstellungen der AfD entsprechen, steht als neue große städtebauliche Herausforderung die Neubebauung des Matthäikirchhofes an. Die AfD fordert die hier immer noch bedrohlich wirkenden Stasi-Plattenbauten komplett abzureißen und stattdessen die alte Stadtstruktur in ihrer Kleinteiligkeit und Vielfalt wieder herzustellen. Die ehemalige Töpferstraße muss z. B. wieder gewidmet werden. Die sanierte Klingertreppe gewährleistet dann den attraktiven Zugang zu diesem neuen, alten westlichen Tor zur Leipziger Innenstadt.

Leipzigs Stadtbild wird nach wie vor beeinträchtigt durch heruntergekommene, ruinöse Bahnhöfe und Gebäude der Deutschen Bahn und deren Umfeld, wie z.B. in Plagwitz und in Leutzsch. Deren Anblick und Zustand stellen weder für die Deutsche Bahn selbst, noch für die Stadt Leipzig irgendeine positive Werbung dar – im Gegenteil! Nachhaltige Aktivitäten, diese unhaltbaren Zustände durch denkmalgerechte Sanierung und sinnvolle Nachnutzung zu verändern, sind nicht erkennbar. Die AfD fordert die Stadtverwaltung daher auf, an die Deutsche Bahn heranzutreten und von dieser ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung dieses Missstandes zu verlangen.

Aufgrund aktueller, dringender Notwendigkeiten setzt sich die AfD für bezahlbares Wohnen in allen Leipziger Stadtteilen ein und wird den Bau solcher neuen Wohnungen und Wohnsiedlungen im Leipziger Stadtraum unterstützen. Diesbezüglichen Handlungsbedarf sieht die AfD bei solchen aktuellen Bauvorhaben wie beim Areal Bayerischer Bahnhof, in Eutritzsch und am Hauptbahnhof Westseite.

Zu Wohnsiedlungen wie Grünau: den Weg der Sicherung von Gebäudevielfalt durch Sanierung, Umbau und Neubau von Gebäudesubstanz durch die Wohnungsunternehmen hält die AfD weiterhin für erfolgversprechend, um auch im sogenannten Plattenbau gleichwertige Lebensqualität und städtebauliche Attraktivität zu sichern!

Die Wohnsituation in Gebäuden am Stadtrand ist durch soziale Infrastrukturen weiter zu verbessern und dem Eigenheimbau – insbesondere für junge Familien – durch großzügige Förderung mehr Gewicht zu verleihen.

Leipzig weist eine bedeutende Erinnerungskultur aus allen Zeiten der Stadt auf. Dieser Erinnerungskultur soll nach einem erfolglosen Anlauf der Stadtverwaltung ein Einheits- und Freiheitsdenkmal folgen, welches die Ereignisse der friedlichen Revolution von 1989/90 in Leipzig angemessen würdigt. Die AfD vertritt die Auffassung, dass ein solches zentrales Denkmal in Leipzig bereits vorhanden ist: es ist das eindrucksvolle Denkmal-Ensemble von Nikolaikirche und Nikolaikirchhof mit symbolträchtiger, freistehender Nikolaisäule, dem Granitbrunnen und der aufwendigen Pflasterung mit Leuchtsteinen, die als Gesamtheit den revolutionären Aufbruch der Leipziger seit 1989 würdigen. Ein für diese Revolution in mehrfacher Hinsicht großartiger und authentischer Ort! Das Ensemble ist mit dem benannten Bezug schon längst Gegenstand aller Stadtführungen mit Gästen Leipzigs in der Innenstadt und ist darüber hinaus von den Leipzigern in vieler Hinsicht als vorrangiger Ort des Gedenkens seit langem angenommen. Die AfD sieht es daher als eine preiswerte Variante der Umsetzung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals für Leipzig an, dieses Ensemble in geeigneter Form gestalterisch großzügig aufzuwerten und damit im größeren Umfang Steuermittel des Bundes einzusparen.

## **5. Verkehr und Infrastruktur – die Mobilität hat Vorfahrt!**

In der jüngsten Vergangenheit galt es, beachtliche Widerstände in der Stadtverwaltung und bei der rot-rot-grünen Mehrheit in der Ratsversammlung zu überwinden, um die in den 90er Jahren vom Leipziger Stadtrat beschlossenen "Verkehrspolitischen Leitlinien" unter den

Bedingungen einer perspektivisch wachsenden Stadt zu aktualisieren. Diese Leitlinien stellen nach wie vor das Kernstück aller wesentlichen Betrachtungen zur verkehrspolitischen Weiterentwicklung Leipzigs als Ganzes dar und sind daher von Zeit zu Zeit gemäß den aktuellen neuen Entwicklungen anzupassen. Auch aufgrund der öffentlichen, massiven Kritik an der aktuellen Verkehrssituation in Leipzig – u.a. auch seitens der Leipziger Wirtschaft – stellte die AfD dazu rechtzeitig einen Antrag im Stadtrat, um auf der Grundlage einer ideologisch unvoreingenommenen Debatte von Verkehrsfachleuten, Vertretern aller politischen Parteien, den maßgebenden Leipziger Bürgerinitiativen und Einzelpersonlichkeiten, Richtlinien für das zukünftige Verkehrskonzept zu erarbeiten. Trotz arroganter Ablehnung dieses AfD-Antrages seitens der linken Mehrheit im Stadtrat – einschließlich des Negativvotums des Oberbürgermeisters – sah sich die Stadtverwaltung inzwischen gezwungen, dem Druck der realen Erfordernisse stattzugeben und einen zeitweilig beratenden Ausschuss "Verkehr und Mobilität" mit genau dieser Aufgabenstellung ins Leben zu rufen. Ein nachträglicher Erfolg für die AfD, welche sich in diesem Gremium derzeit aktiv und ergebnisorientiert einbringt. Dieser Vorgang ist für die AfD eine große Motivation, auch zukünftig maßgebliche Zeichen für eine erfolgreiche städtischen Verkehrspolitik zu setzen!

Verkehrspolitischer Schwerpunkt der AfD ist die deutliche Entlastung des Autoverkehrs auf dem Leipziger Innenstadtring, d.h. vor allem des Durchgangsverkehrs, durch Komplettierung des Leipziger Tangentenvierecks und des Mittleren Ringes – bauliche Maßnahmen, die von Anfang an konzipiert, jedoch aufgrund von Fehleinschätzungen und Unentschlossenheit der Stadtverwaltung seit langem überfällig sind.

Eine weitere Herausforderung ist die immer noch ausstehende, zufriedenstellende Verkehrslösung im hochsensiblen Bereich der inneren Jahnallee. Die AfD setzt hier auf eine Untertunnelung für den Kfz-Verkehr als einzig zukunftsweisende Lösung, welche in der Lage ist, eine dauerhafte Entspannung und Aufwertung für die Standorte Wohnen, Handel und Gewerbe herbeizuführen, nicht zuletzt auch ein Stück Lebensqualität in diesem Stadtbereich zu sichern.

Aus Sicht der AfD ist ferner eine Rücknahme der zwischenzeitlich seitens der Verwaltung vorgenommenen Fahrbahnverengungen von Leipziger Hauptstraßen erforderlich, welche den Verkehrsfluss weiter behindern.

Um die Straßen - vor allem in Wohngebieten - von dauerparkenden Kraftfahrzeugen freizuhalten und Pendlern an den Endstellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) Parkmöglichkeiten zu gewährleisten, regt die AfD den Bau von weiteren Parkhäusern an. Derartige Parkhäuser könnten gleichzeitig mehrere Funktionen erfüllen, u.a. auch mit Ladestationen für Elektromobilität, mit Solardach zur Energiegewinnung und als Parkgarage für Fahrräder.

Der wachsende Fahrradverkehr in Leipzig ist vor allem sicher zu gestalten! Hier gibt es immer noch erhebliche Defizite und Handlungsbedarf! Dies betrifft die Fahrradwegführung und vor allem die ungeordneten Überschneidungen mit dem Fußgängerverkehr, die zu Unfällen führen. Aus Sicht der AfD ist anzustreben, den Fahrradverkehr aus den städtischen Hauptstraßen möglichst in die Neben- und Parallelstraßen sowie in Grünbereiche umzuleiten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) für die Fahrgäste attraktiver wird. Das Leipziger Straßennetz ist zu erhalten und weiter aus- statt abzubauen, z.B. mit einer neuen Anbindung an das Helios Parkklinikum und das Herzzentrum im Leipziger Südosten und der Verlängerung der Linie 4 von Gohlis nach Lindenthal.

Die S-Bahn-Taktzeiten sind zu verkürzen, vorrangig die der Linien S1, S2 und S3. Vor allem aber sind Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Beförderung entscheidend zu verbessern!

Zu den jährlichen Preiserhöhungen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) für den Leipziger Nahverkehr: aus Sicht der AfD kann an der Preisspirale nicht endlos gedreht werden! Die AfD fordert daher nach wie vor eine zeitweilige Aussetzung von Fahrpreiserhöhungen, um dem MDV Gelegenheit zu geben, die notwendigen Schlussfolgerungen aus den günstigeren Fahrpreisen und Fahrkartenangeboten anderer

deutscher und europäischer Großstädte für seine betriebswirtschaftliche Optimierung zu ziehen. Da die AfD durch die ständig steigenden Nahverkehrspreise die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen sieht, erwartet unsere Partei endlich auch ein verbindliches Engagement des Leipziger Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung.

Die AfD setzt sich weiterhin für ein Konzept der Stadtverwaltung zur mittel- und langfristigen Planung der Instandsetzung und Sanierung von Anwohnerstraßen und Fußwegen in Leipzig ein. Dadurch wird auch die Schulwegsicherheit sowie die Senioren- und Behindertenfreundlichkeit in den Stadtteilen weiter erhöht.

## **6. Kinder, Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit - unser aller Zukunft sichern!**

Die Stadt Leipzig hat seit längerem in ihrer Bevölkerungsentwicklung wieder einen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Im Alltag ist diese neue Realität für jedermann im Positiven sichtbar, denn dies war lange Zeit nicht so! Dieser Zuwachs resultiert daraus, dass junge Menschen wieder größere familiäre Verantwortung übernehmen, ferner infolge von Familienzuzug aus der Region und ganz Deutschland aus vornehmlich beruflichen Gründen, aber auch aus dem verstärkten Eintreffen von Migranten als Folge einer völlig verfehlten Politik der gegenwärtigen Bundesregierung. Dies hat für Leipzig allerdings Konsequenzen, auf welche die Stadtverwaltung – anstatt die Folgen zu bedenken – viel zu spät reagiert, ja diese verschlafen hat.

Aus dieser schwierigen Situation heraus, wird sich die AfD für eine schnellstmögliche Umsetzung des städtischen Bauprogramms für Kindertagesstätten (12 neue Kitas für Leipzig) bis 2024 einsetzen, da einfach die Zeit drängt. Es gilt, ohne Wenn und Aber, den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindertagesstätten-Platz für jedes Leipziger Kind ab dem 1. Lebensjahr auch wirklich zu garantieren! Zukünftige Planungen an Kindertagesstätten sollten – trotz des bestehenden Zeitdrucks – eine Kapazität von 100 Plätzen nicht überschreiten, um einer zunehmenden

„Massenbetreuung“ von Kindern entgegenzuwirken und die Betreuungsqualität zu sichern.

Die Ausbildung sowie Einstellung des erforderlichen Betreuungspersonals muss sichergestellt werden. Die Stadt Leipzig muss schnellstens finanzielle Anreize schaffen, damit Erzieher und Hortbetreuer wieder von Teilzeit in Vollzeit wechseln können!

Nach Auffassung der AfD ist das städtische Schulbauprogramm schnellstmöglich umzusetzen, da auch hier die Zeit drängt. Überdies kommen nicht nur bei der AfD berechnete Zweifel auf, ob alle Schulbauprojekte aufgrund des Bauvolumens überhaupt rechtzeitig fertig gestellt werden können. Wir als AfD unterstützen besonders den Ausbau und die Mittelbereitstellung für Förderschulen, die es zu erhalten gilt.

Trotz des Zeitdruckes dürfen Standards und Qualität bei Schulneubau und Schulsanierung sowie beim Bau von Kindertagesstätten nicht auf der Strecke bleiben. Die Aufstellung von Containerschulen muss eine absolute Ausnahme bleiben.

Aufgrund der Dimension der Bauaufgaben sieht es die AfD für erforderlich an, nicht nur die Stadt, sondern auch private Bauherren in die Realisierung der vorgenannten beiden wichtigen Bauprogramme einzubeziehen.

Als Beitrag für eine nachhaltige Familienförderung in unserer Stadt wird die AfD auch in Zukunft Erhöhungen der monatlichen Elternbeiträge für Krippe, Kindergarten und Hort ablehnen. Die AfD nennt dies: "Willkommenskultur für Kinder"!

Das letzte Kindergartenjahr ist das wichtigste Jahr zur Vorbereitung auf den Schulbesuch. Die AfD fordert deshalb für alle Kinder ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Die Mittel dafür sind entsprechend im jeweiligen Doppelhaushalt der Stadt Leipzig einzustellen.

Eine die Stadtgesellschaft bedrückende Tatsache ist die derzeitige Schulabbrecherquote in Leipzig von über 10 Prozent. Dass sich trotz stetig steigenden Neueinstellungen von Sozialarbeitern die Abbrecher-



zahlen an den Leipziger Schulen erhöht haben, ist ein nicht hinzunehmender Zustand. Hier geht es aus Sicht der AfD um reale Verluste an Zukunftsperspektive für die Stadt, ihre Bürger und für die jungen Menschen selbst. Die AfD schlägt aus diesem Grund einen "Runden Tisch" mit allen Beteiligten vor, um die Situation allseits zu analysieren und die Karten dazu auf den Tisch zu legen. Ein "Weiter so" darf es in dieser Situation nicht geben!

Das Medien-Pädagogische Zentrum (MPZ) muss personell und materiell ausgebaut werden, um die Digitalisierung an allen Leipziger Bildungseinrichtungen voranzutreiben. LAN/WLAN muss flächendeckend an jeder Schule verfügbar sein!

Alle seit 2015 neu geschaffenen städtischen Asylbewerber-Einrichtungen sind auf ihre Auslastung hin zu überprüfen. Langfristige von der Stadt Leipzig abgeschlossene Mietverträge mit Dritten sind bei Nichtauslastung anderen sozialen Zwecken, wie beispielsweise der Reduzierung von Obdachlosigkeit zu übertragen.

Die AfD spricht sich für das vorrangige zur Verfügung stellen von Sachleistungen – statt der Auszahlung von Geldleistungen – für Asylbewerber aus.

Die gestiegenen Geburtenraten und der starke Zuzug junger Familien sorgen für überfüllte Kinderarztpraxen. Die Fallzahlen der Leipziger Kinderärzte lagen im ersten Quartal 2013 bei 58000, im Jahr 2017 waren es 78000. Die Anzahl der Kinderärzte ist jedoch gleich geblieben. Kinderarztpraxen müssen neue Patienten ablehnen oder haben Wartezeiten von 3 Monaten. AfD-Forderung: Die Stadt Leipzig setzt sich beim Freistaat Sachsen für eine Ausnahmeregelung zur Schaffung neuer Kinderarztstellen ein.

In den letzten Jahren hat sich die Zahl von Patienten mit Migrationshintergrund in den Arztpraxen und Krankenhäusern stark erhöht. Ärzte und Pflegepersonal werden zunehmend mit organisatorischen und sprachlichen Problemen sowie mit kulturellen Besonderheiten konfrontiert, die nur schwer mit dem Arzt- und Krankenhausalltag kompatibel sind. Den Mitarbeitern des Gesundheitssystems steht noch weniger Zeit

für die Erfüllung des Versorgungsauftrages der Leipziger Bevölkerung zur Verfügung. Wir fordern die Wiedereinrichtung einer Migrantenambulanz und ausschließliche Betreuung dieses Personenkreises in dieser Ambulanz (Ausnahmen sind Notfälle).

Die Stadt Leipzig muss Menschen mit Behinderung deutlich mehr Beachtung schenken. Sämtliche öffentlichen Einrichtungen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Wir fordern, dass das Neue Rathaus, das Stadthaus sowie alle Ämter und Behörden der Stadt Leipzig bis spätestens 2024 auch für Menschen mit Behinderung vollumfänglich erreichbar sind. Desweiteren müssen alle neuen Haltestellen des ÖPNV ausnahmslos barrierefrei gebaut werden.

Pflegebedürftige Menschen leben oft im häuslichen Bereich selbstbestimmter als in Pflegeeinrichtungen. Das Quartiersmanagement der Stadt Leipzig ist so zu gestalten, dass häusliche Pflege nicht auf Barrieren stößt, die eine stationäre Pflege unumgänglich machen.

Ein nachhaltiges Verhältnis von Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik ist dringend erforderlich, um der alternden Stadtbevölkerung den Zugang zum gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Die AfD fordert deshalb eine alters- und behindertengerechte Stadtentwicklung und die Erstellung eines Zukunftsplanes „Alternde Stadtbevölkerung“.

Die Rettungsdienstzeiten von 12 Min. (Hilfsfrist gem. SächsLRettDPVO inklusive Dispositions-, Ausrück- und Fahrzeit zum Patienten) werden in Leipzig nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Die AfD fordert: Sicherstellung der Rettungsdienstzeiten in allen Stadtgebieten durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Erhalt und Ausbau der Notfallaufnahme Leipzig-Grünau.

Der Alkohol- und Drogenmissbrauch nimmt stetig zu. An und um Schulen finden zu wenig oder gar keine Kontrollen statt. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für eine personelle Aufstockung der Suchtberatungsstellen ein. Dringend erforderlich sind stärkere Kontrollen im Schulumkreis und an Verkaufseinrichtungen durch die Ordnungsbehörde.

## **7. Sport in Leipzig – hoher Stellenwert für das Gemeinwohl**

Die AfD würdigt die großartigen sportlichen Traditionen Leipzigs und hält an dem Anspruch "Sportstadt Leipzig" mit seiner positiven mobilisierenden Innen- wie Außenwirkung weiterhin fest. Deshalb setzt sich die AfD dafür ein, dass Leistungs- und Breitensport in unserer Stadt in großer Vielfalt betrieben werden kann.

Leipzig wäre zweifellos um ein Vielfaches ärmer ohne die organisierte, aktive Teilnahme Zehntausender Leipziger Bürger am Vereinssport, Schulsport sowie am Senioren- und Behindertensport. Dazu ist das ehrenamtliche Engagement einer Vielzahl von Sportfreunden bei der Organisation der Vereine und der Austragung von Wettkämpfen notwendig. Für diesen Einsatz gehört den Freiwilligen unser Dank. Deshalb wird sich die AfD auch weiterhin für eine Stärkung des Ehrenamtes im sportlichen Bereich einsetzen. Dazu ist die notwendige Förderung und finanzielle Unterstützung seitens der Kommune weiterhin erforderlich.

In seiner vorrangigen Orientierung auf das Gemeinwohl in den Bereichen Kinder und Jugend, Schule und Bildung, Gesundheit, Soziales und Integration hat der Leipziger Sport einen hohen Stellenwert für den Zusammenhalt und für die Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft. Die AfD unterstützt deshalb auch in Zukunft alle konstruktiven Forderungen und vielfältigen Hinweise des Stadtsportbundes Leipzig an die Stadtverwaltung und die politischen Parteien, die einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung des Sportes in Leipzig dienlich sind.

In diesem Zusammenhang unterstützt die AfD ausdrücklich Leipzigs "Sportprogramm 2024" und die in ihm enthaltenen sportpolitischen Ziele sowie die infrastrukturellen Einzelmaßnahmen. Insbesondere geht es um die Sicherstellung finanzieller Mittel der Kommune für die schrittweise Auflösung des Sanierungsstaus bei Sporthallen und Sportplatzanlagen. Sporthallen im Stadtgebiet sollen dort errichtet werden, wo für derartige Hallenangebote ein konkreter und begründeter Bedarf besteht. Perspektivisch ist aus Sicht der AfD der Bau und die Finanzierung einer Multifunktionssportanlage anzustreben, da eine solche Forderung seit

längerem besteht. Dieses Projekt sollte mit Hilfe eines Investors realisiert werden.

Für die Stadt Leipzig und ihre Stadtverwaltung ist das seit Jahren fehlende Engagement, in angemessener und würdiger Form ein Leipziger Sportmuseum zu errichten, ein für die AfD unbegreiflicher und blamabler Zustand! Die AfD fordert den Leipziger Oberbürgermeister, der das Ressort „Sport“ als einstiger Beigeordneter zu vertreten hatte, daher auf, hier die Initiative für eine zeitnahe Lösung zu ergreifen. Es gilt, die etwa 90.000 angesammelten Exponate der „Sportstadt Leipzig“ endlich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – durchaus mit überregionalem, ja bundesdeutschem Anspruch!

Das traditionsreiche Gebäude des Leipziger Stadtbades ist gemäß Beschlusslage im Stadtrat nach umfassender Sanierung weiterhin für den Bäderbetrieb zu nutzen. Die AfD unterstützt dies nach wie vor, wie auch die schwierige Suche nach einem geeigneten Investor. Für andere Lösungen ist die AfD offen, um öffentliche Bademöglichkeiten und den Schwimmunterricht für Kinder in diesem Stadtgebiet zu sichern.

## **8. Kultur und Kunst – Tradition und Vielfalt erhalten!**

Aus Sicht der AfD ist die vielfältige Kulturlandschaft unserer Stadt mit ihrer großen Tradition und Ausstrahlungskraft weit über Leipzig hinaus zu erhalten und deren Entwicklungschancen zu sichern. Dies betrifft die Hochkultur, wie z.B. Gewandhaus, Oper, Musikalische Komödie, Thomanerchor, die Buchmesse, die zahlreichen Museen und nicht zuletzt das Akademische Orchester und die zahlreichen Chöre, aber auch den Leipziger Zoo mit seinem internationalen Ansehen. Dies betrifft gleichfalls auch die sogenannte Szene-Kultur, die in ihrer Mannigfaltigkeit und Qualität ein zahlreiches Publikum aus allen Schichten der Bevölkerung anzieht.

Hochkultur und Szene-Kultur sind keine Gegensätze. Vielmehr ergänzen diese einander. Da Kultur jedoch bezahlbar bleiben muss und die Mittel stets begrenzt sind, setzt sich die AfD dafür ein, dass die finanziellen Ausgaben der Kommune hierzu auch in Zukunft sorgfältig und detailliert

kontrolliert werden. Die AfD wird einer Förderung von Vereinen auch künftig nur zustimmen, wenn diese zweifelsfrei auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Die AfD sieht das Erfordernis einer möglichst gleichmäßigen kulturellen Entwicklung aller Leipziger Stadtteile, gerade unter dem Aspekt einer wachsenden Stadt. So sind Defizite in Sachen Kultur vor allem im Osten und Westen Leipzigs schrittweise und ideenreich abzubauen. Die Schließung von Stadtteilbibliotheken und deren Zentralisierung, wie im Leipziger Westen – im Stadtteil Grünau – seitens der Verwaltung vorgesehen, lehnt die AfD entschieden ab.

Die freie projektorientierte Kultur soll weitere Entwicklungsmöglichkeiten erfahren, insbesondere im Zusammenspiel mit institutionell geförderten Kulturträgern und Kirchen.

Die entstandene Situation des Leipziger Naturkundemuseums am Standort der vormaligen Baumwollspinnerei in Leipzig-Plagwitz hat alle kritischen AfD-Bedenken bei der Diskussion zu dieser Standortentscheidung auch aufgrund der derzeitigen Kostenentwicklung bestätigt. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Naturkundemuseum, zwischen Rosenthal, Zoo und Innenstadt an seinem alten Standort saniert und entwickelt wird.

Nach Auffassung der AfD sollte die Leipziger Buchmesse mit ihrer großen Tradition als Lesefest wieder fest in der Leipziger Innenstadt verankert werden – als stimmungsvolle Ergänzung zu den Ausstellungen der Verlage und Lesungen auf der Neuen Messe. Das Leipziger Herbstlesefest muss wieder stärker gefördert werden, um Leipzig als Buch- und Lesestadt weiter voran zu bringen und einheimischen Literaten eine Chance zu geben, preiswert für ihre Neuerscheinungen zu werben und damit Lesen attraktiv zu erhalten.

Die Leipziger Kunstszene benötigt für den weiteren Aufschwung eine "Galerie der Zukunft", in der vor allem noch unbekannte Leipziger Künstler – für geringe Gebühren – wechselnd ausstellen und sich dem Publikum vorstellen können. Die AfD unterstützt eine solche Galerie, da sich weitgehend unbekannte Künstler in Leipzig oftmals in einer

prekären finanziellen Situation befinden. Diese sind auf eine solche, kostengünstige Werbung angewiesen, um die Chancen für ihren Lebensunterhalt zu verbessern und ein breiteres Publikum ansprechen zu können. Das in Leipzig durchaus bestehende Engagement von Kunstmäzenen reicht dafür leider noch nicht aus. Überhaupt ist ein Augenmerk darauf zu richten, dass die Löhne und Gehälter von Mitarbeitern im kleinteiligen Kunst- und Kulturbereich den heutigen Lebensanforderungen genügen, da oftmals in Bezug auf die Hochkultur ganz andere Prioritäten selbstverständlich sind.

Das Luther-Melanchthon-Denkmal war einst das sichtbarste Zeichen für die Reformation in Leipzig. 1943 ließen es die Nationalsozialisten für ihren Rüstungsbedarf einschmelzen. Um diesen Frevel im Nachgang zu heilen, setzt sich die AfD unverändert für eine Wiederherstellung des Denkmals seitens der Stadtverwaltung bzw. durch Spenden ein - wie bei der Wiederherstellung des Mendelssohn-Denkmal am Ring bereits erfolgreich praktiziert.

Die AfD wird als unverzichtbaren Schwerpunkt ihrer Politik auch weiterhin dem kulturfeindlichen Genderwahnsinn und der Verhöhnung und Diskriminierung der deutschen Sprache und Kultur in der Öffentlichkeit den erforderlichen Widerstand entgegensetzen - auch im Leipziger Stadtparlament!

## **9. Umwelt – Vorrang haben Sachverstand und Augenmaß**

Die Umweltpolitik wird in der Stadt Leipzig von sogenannten "grünen Themen" beherrscht, welche in der Regel nur oberflächlich oder gar nicht den Zielen eines ernstzunehmenden Schutzes von Natur und Umwelt dienen. Die AfD fordert hier eine kritische Haltung von der Verwaltung und eine Zurückweisung der unsachlichen politischen Agitation gegen die regionale Industrie, verbunden mit der Geringschätzung von Ingenieurtechnik und umweltbezogenem Sachverstand. Der Schutz von Natur und Umwelt ist übrigens von Anfang an ein politisch konservatives Anliegen. Dies sollte der AfD die notwendige Glaubwürdigkeit beim Engagement für dieses Thema verleihen!

Die AfD fordert nach wie vor die Abschaffung der sogenannten "Umweltzone" in Leipzig, deren realer Nutzen bis zum heutigen Tag nicht nachzuweisen ist, zumal andere Großstädte in Deutschland gut ohne ein solches Bürokratie-Monster auskommen.

Ein Fahrverbot in Leipzig für Diesel-Kraftfahrzeuge lehnt die AfD genauso ab wie die "Blaue Plakette" und damit die schleichende Enteignung der Kfz-Besitzer. Falls hohe Feinstaubbelastungen im Stadtgebiet auftreten, so resultieren diese vorrangig nicht von den Abgasen der Dieselfahrzeuge, sondern haben andere Ursachen, die eigentlich hinreichend bekannt sein sollten (u.a. Staub, Pollenflug, wechselnde Großwetterlagen, Baustellen usw.).

Das Vorgehen der "grünen" Kohleausstiegs-Agitatoren weist die AfD auch zukünftig mit aller Entschiedenheit zurück! Seit der technisch und organisatorisch völlig überstürzt eingeleiteten "Energiewende" der Bundesregierung wittert dieses Sammelsurium aus ungeprüften Polit-Autoritäten und Demo-Touristen Morgenluft. Sachlich ist für die AfD jede Diskussion sinnvoll, jedoch muss ein Kohleausstieg wirtschaftlich vertretbar sein. Und dies wird aller Voraussicht nach frühestens in 20 bis 30 Jahren der Fall sein. Selbstverständlich sind die Belegschaften der Kraftwerks- und Braunkohlenindustrie, aber auch die Bewohner der Ortschaften im Umfeld dieser Industrien in alle Entscheidungen einzubeziehen!

Die Bürger im Leipziger Norden, Nordwesten und Westen leiden seit vielen Jahren unter den Auswirkungen des Fluglärms, der vom Flughafen Leipzig-Halle vor allem in den Nachtstunden ausgeht. Die Reduzierung von Fluglärm ist ein wichtiger Faktor für den Umweltschutz und damit für den Schutz der Anwohner! Die AfD erwartet von der Stadt Leipzig endlich ein offensives Auftreten gegenüber dem Flughafenbetreiber und der DHL und zwar mit folgenden konkreten Forderungen: Erstens – keine kurze Südabkurvung über Leipzig und zweitens - eine gleichmäßige Verteilung von Starts und Landungen auf der vorhandenen Süd- und Nordlandebahn des Flughafens. Dies hat auch für die Nachtstunden zu gelten!

Aus Lärmschutzgründen sollte der städtische Einsatz von Laubsaugern im gesamten Stadtgebiet drastisch eingeschränkt werden. Die gesetzlichen Möglichkeiten sind diesbezüglich voll auszuschöpfen.

Der Schutz des Leipziger Auwaldes, besser seines leider nur noch existierenden Restbestandes, hat nach Auffassung der AfD hohe Priorität für eine ernstzunehmende Umweltpolitik in unserer Stadt. Die AfD setzt sich dafür ein, dass bei allen städtischen Entscheidungen hierzu zukünftig der Naturschutz im Vordergrund steht und verlangt dazu ein schlüssiges Konzept der Verwaltung. Die AfD fordert die Stadt auf, den konstruktiven Dialog dazu mit allen Umweltvereinen und der interessierten Leipziger Bürgerschaft wieder aufzunehmen!

Beachtung sollte aus Sicht der AfD auch die fortschreitende Versiegelung von Flächen bei Baumaßnahmen in der Stadt finden. Diesem Trend ist seitens der Verwaltung entschiedener entgegenzuwirken! Städtische Freiflächen sollten aus Sicht der AfD vorrangig zur Vergrößerung des Bestandes an Erholungs- und Grünflächen sowie für Kinderspielplätze genutzt werden. Gleichzeitig ist das städtisch bereits erfolgreich betriebene Straßenbaumprogramm weiter voranzutreiben und dazu aktiv Spendenmittel bei den Leipziger Bürgern einzuwerben.

Die Leipziger Seenlandschaft hat inzwischen eine große und zunehmende Bedeutung für die Erholung der Leipziger und den Tourismus. Daraus leiten sich vielfältige Aufgaben für den Natur- und Umweltschutz ab – bezüglich der Seen selbst, aber auch für deren Umfeld. Die dazu erforderlichen Schutzmaßnahmen finden auch zukünftig alle Unterstützung der AfD.

Die AfD Leipzig sieht auch eine weitere Öffnung von Fließgewässern im Stadtraum nicht nur als optische Aufwertung des Stadtraumes, sondern auch als wichtigen Beitrag zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas an und wird diese im Stadtrat, als den Umweltschutz fördernde Maßnahme, auch zukünftig unterstützen.

Die AfD Leipzig spricht sich für den finalen Ausbau des Elster-Saale-Kanals aus und verspricht sich dadurch eine touristische Aufwertung für



Leipzig und die mitteldeutsche Region. Die Stadt Leipzig sollte diesem wichtigen Projekt seine volle Unterstützung geben.

Der öffentliche Raum Leipzigs vermüllt in den letzten Jahren zunehmend. Um solchen Vermüllungen entgegenzuwirken, fordert die AfD von der Verwaltung, die Anzahl der Papierkörbe und Entsorgungsbehälter – vor allem an Haltestellen des ÖPNV und in Parkanlagen – deutlich zu erhöhen und deren regelmäßige Entleerung zu sichern. Außerdem ist aus Sicht der AfD seitens der Stadt Leipzig endlich ein Konzept zu ausreichenden Standorten für Toiletten-Anlagen – einschließlich zielführender Hinweisschilder – im Innenstadtgebiet zu erstellen.

## **10. Städtische Verwaltung – Motivation, Modernisierung und Bürgerbeteiligung**

Als Erstes setzt die AfD darauf, die Zusammenarbeit der Ämter bei den vielen Verwaltungsaufgaben, die ein komplexes, ämterübergreifendes Handeln dringend erfordern, deutlich zu verbessern.

Kompetenzstreitigkeiten im Interesse einer gut verwalteten Stadt Leipzig – im Sinne seiner Bürger – sind abzustellen. Beides sind elementare Aufgaben – an sich Selbstverständlichkeiten – aber leider nicht immer im Alltag einer städtischen Bürokratie! Hier erwartet die AfD vom Oberbürgermeister und seinen Fachbürgermeistern Führungsstärke und gegebenenfalls das nötige Machtwort! In den meisten Fällen kennen die Mitarbeiter der Verwaltung die Schwächen des eigenen Amtes und die Schwächen in der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern bestens und haben sogar die Lösungsansätze parat.

Aus den Defiziten der Verwaltungsorganisation folgen in der Regel Unsicherheit und fehlende Motivation der ansonsten fachlich hochqualifizierten Mitarbeiter, welche gern mehr leisten würden. Die Vorgesetzten haben eigentlich die Pflicht, ihre Mitarbeiter zu einer positiven Entscheidungsfreude – auch gegenüber Bürgeranliegen zu motivieren. Statt Lösungen und sinnvolle Kompromisse anzubieten sowie Entgegenkommen gegenüber dem Bürger zu signalisieren, herrschen zuweilen reine Abwehrreaktionen und Prinzipienreiterei vor, eigene Fehler werden dabei kaschiert. Die AfD sieht das oberste

Verwaltungsprinzip so: Die Stadtverwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt! Und: Die Verwaltung hat die Funktion eines Dienstleisters gegenüber dem Bürger und Steuerzahler!

Die Verwaltung muss sich im Interesse des Bürgers, der Wirtschaft, der Vereine, der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen usw. ständig selbst modernisieren. Die Binsenweisheit lautet auch hier Digitalisierung und eine ständige kritische Kontrolle des erreichten Standes. Dies betrifft gegenüber der Bürgerschaft u.a. den möglichen Wegfall des langen Wartens auf Papiere, den Wegfall des Vorlegens von Papieren, das Wahrnehmen von zeitraubenden Behördenterminen - insgesamt ein weites Feld für Erleichterungen und Zeitersparnis für Bürger und Verwaltung! Die AfD wird sich für diese Verwaltungsmodernisierung im Bürgerinteresse engagieren! Eben auch, weil in der Leipziger Stadtverwaltung viele Stellen unbesetzt sind und auf diese Weise Arbeitszeitreserven erschlossen werden könnten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass leitende Stellen in Leipzigs Verwaltung möglichst aus dem eigenen, langjährig qualifizierten Personalbestand besetzt werden. Dies stellt auch eine zusätzliche berufliche Motivation für diesen Personenkreis dar. Geeignete Bewerber auch von außerhalb durch Findungskommissionen zu ermitteln ist zwar der gesetzliche Weg, jedoch lassen sich eklatante personelle Fehlbesetzungen zum Schaden der Stadt nicht in jedem Fall vermeiden, da objektiven Beurteilungen der Kommissionen in solchen Fällen leider Grenzen gesetzt sind. Deshalb sind nach Auffassung der AfD die eigenen Leistungsträger in der Leipziger Stadtverwaltung zu fördern und auf die Übernahme leitender Funktionen vorzubereiten.

Solche Begriffe wie "Bürgerbeteiligung" und "Teilhabe" an städtischen Entscheidungen haben seitens der Leipziger Stadtverwaltung und in der Stadtpolitik eine beachtliche Konjunktur! Die konkreten Erfahrungen bei Vorgängen zu Bürgeranliegen lassen aus Sicht der AfD allerdings erkennen, dass es damit in vielen Fällen nicht weit her ist! Im Gegenteil: im Grunde werden die Bürger betreffs ihrer berechtigten Anliegen bisher nur über den zumeist unverrückbaren Standpunkt der Stadtverwaltung informiert, sozusagen "abgekanzelt". Der tatsächliche, ergebnisoffene Dialog mit einem befriedigenden Ergebnis oder einem eventuellen

Kompromiss für beide Seiten, das Eingehen der Verwaltung auf konstruktive Vorschläge der Bürger bzw. jeweiligen Bürgerinitiativen findet in der Regel nicht statt. Die AfD kritisiert eine solche Vorgehensweise der Verwaltung und wird sich auch in Zukunft für einen echten Dialog zwischen Verwaltung und Leipziger Bürgerschaft einsetzen!

Verwaltung kann selbstverständlich auch eingespart werden! Die AfD fordert z.B. die Abschaffung des kosten- und personalintensiven, sogenannten "Willkommenszentrums" im Bürgerzentrum der Otto-Schill-Straße.